

## Niederschrift

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Freitag, 23.03.2018  
**Sitzungsbeginn:** 16:35 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:08 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

#### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

##### reguläre Mitglieder

Herr Thorsten Büchner - SPD  
Herr Dominic Dehmel - SPD  
Frau Myriam Hövel - SPD  
Herr Schaker Hussein - SPD  
Frau Alexandra Klusmann - SPD  
Herr Dr. Fabio Longo - SPD  
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD  
Herr Heinrich Löwer - SPD  
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD  
Herr Uwe Meyer - SPD  
Frau Anna Rembas - SPD  
Herr Steffen Rink - SPD  
Frau Sonja Sell - SPD  
Herr Ulrich Severin - SPD  
Herr Matthias Simon - SPD  
Herr Gerald Weidemann - SPD  
Herr Dirk Bamberger - CDU  
Herr Oliver Hahn - CDU  
Herr Hermann Heck - CDU  
Herr Manfred Jannasch - CDU  
Herr Walter Jugel - CDU  
Herr Winfried Kissel - CDU  
Herr Lars Küllmer - CDU  
Herr Stephan Muth - CDU  
Herr Roger Pfalz - CDU  
Frau Runhild Piper - CDU

Herr Mathias Range - CDU  
 Herr Hans-Martin Reissner - CDU  
 Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU  
 Frau Karin Schaffner - CDU  
 Herr Jens Seipp - CDU  
 Herr Jan von Ploetz - CDU  
 Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen  
 Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen  
 Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen  
 Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen  
 Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen  
 Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen  
 Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen  
 Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen  
 Frau Renate Bastian - Marburger Linke  
 Herr Roland Böhm - Marburger Linke  
 Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke  
 Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke  
 Herr Jan Schalauske - Marburger Linke  
 Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke  
 Frau Inge Sturm - Marburger Linke  
 Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL  
 Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL  
 Frau Lisa Freitag - FDP/MBL  
 Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL  
 Herr Roland Frese - BfM  
 Frau Gabriele Mensing - BfM  
 Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM  
 Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

### Entschuldigte Mitglieder

#### reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD	- entschuldigt -
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	- entschuldigt -

### Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD	
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU	
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD	
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU	
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke	
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP	
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	

## Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

## **Protokoll:**

---

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Stadtverordneten Jan von Ploetz, der zum 01.03.2018 für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Brunnet nachgerückt ist. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Die Stadtverordnetenversammlung gedenkt anschließend der Stadtältesten, Frau Gisela Schultheiß, die am 11.03.2018 verstorben ist.

Im Anschluss unterbricht Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die Sitzung um 16:38 Uhr für die Durchführung der Einwohner/innenfragestunde. Um 16:43 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Sie verweist auf den dringlichen Antrag der CDU-Fraktion „Gegen politisch motivierte Gewalt für freie Meinungsäußerung“ (VO/6177/2018) und den dazu vorliegenden Änderungsantrag der Marburger Linke (VO/6177/2018-1). Diese werden nach Einvernehmen im Ältestenrat als Tagesordnungspunkte (TOP) 6.1 und 6.1.1 auf die Tagesordnung genommen. Weiterhin liegt ein dringlicher Antrag der FDP-Fraktion betr. Straßenbahnstopp (VO/6178/2018) für die heutige Sitzung vor. Auch dieser wird nach Einvernehmen im Ältestenrat als TOP 6.2 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Stadtverordnete Schalauske beantragt per Geschäftsordnungsantrag die Aussprache zu den dringlichen Anträgen, formal dagegen spricht der Stadtverordnete Severin.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei  
Nein: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: keine

Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Der Stadtverordnete Bokelmann stellt daraufhin den dringlichen Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Straßenbahnstopp bis zu nächsten Sitzung zurück.

Weitere Einwände bzw. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2018**

---

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.02.2018 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

### **zu 3 Fragestunde**

---

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 16 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

**Kleine Anfrage Nr. 01  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Elisabeth Kula
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Wie steht der Magistrat dazu, dass die Marburger Tourismus GmbH die Jahrestagung der "Akademie für Psychotherapie und Seelsorge" (APS) in Tabor infrastrukturell unterstützt? Die APS ist ein pseudo-wissenschaftlicher Verein evangelikaler Prägung, welcher bereits 2009 einen großen Kongress in Marburg abhielt, bei welchem es umstrittene Vorträge der sogenannten "Ex-Gay" Bewegung gab. Damals kritisierten sowohl der Oberbürgermeister als auch der Lesben- und Schwulenverband Deutschlands diese Veranstaltung scharf.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Nach Auskunft der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) haben im Vorfeld der Jahrestagung „Akademie für Psychotherapie und Seelsorge“ keinerlei Gespräche stattgefunden und wurde entsprechend auch keine infrastrukturelle Unterstützung angeboten. Es steht privaten Akteuren frei und befindet sich außerhalb städtischen Einflusses, wenn Kontaktdaten der MSLT als Anlaufstelle für Hotel-Kontingente auf Flyern erwähnt werden.

Der Magistrat fördert Initiativen, die sich für eine rechtliche wie lebenspraktische Gleichstellung aller Lebensentwürfe und sexuellen Identitäten einsetzt. Vorurteile gegenüber oder Benachteiligung von LSBTTIQ\*-Menschen haben in Marburg keinen Platz.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 02  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Madelaine Stahl
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten nach Fachbereichen aufgeschlüsselt darzulegen, wieviele Stellen in der Stadtverwaltung der Stadt Marburg unbefristet sind und wie viele befristet; letztere bitte differenzieren in den Kategorien "sachgrundlos" und "mit Sachgrund befristet".

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Nach Fachbereichen differenziert ergeben sich folgende aktuelle Daten befristet und unbefristet beschäftigter Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung Marburg:

<b>Fachbereich</b>	<b>Unbefristet</b>	<b>Befristet</b>
1	140	2
2	266	19
3	124	2

4	52	3
5	326	44
6	171	6
7	39	8
<b>Gesamt:</b>	<b>1.118</b>	<b>84</b>

In der Aufstellung nicht enthalten sind Auszubildende, Praktikantinnen / Praktikanten und geringfügig beschäftigte Aushilfen.

Der größte Teil der befristeten Beschäftigungen erfolgt mit Sachgrund. Hierbei handelt es sich meist um Vertretungen aufgrund von Mutterschutz und Elternzeit oder langfristigen Erkrankungen von unbefristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wie aus der Tabelle zu ersehen, liegt der Schwerpunkt der Befristungen in den Fachbereichen 2 und 5, in denen die schulischen und vorschulischen Betreuungsbereiche angesiedelt sind, in denen rd. 90 % der Beschäftigten Frauen sind. Aber auch Tätigkeiten, die bspw. im Rahmen von Projekten mit Drittmitteln zeitlich befristet finanziert werden, können nur im Rahmen von befristeten Beschäftigungsverhältnissen erbracht werden. Eine zahlenmäßig exakte Darstellung der befristeten Beschäftigungsverhältnisse nach den Kategorien „mit Sachgrund befristet“ und „ohne Sachgrund befristet“ kann an dieser Stelle nicht erfolgen, da diese Differenzierung in dem entsprechenden DV-System, aus dem die genannten Daten generiert worden sind, nicht erfasst wird.

Der Magistrat schreibt unbefristet zu besetzende Stellen auch unbefristet aus und macht insoweit von den derzeitigen Möglichkeiten des Teilzeit- und Befristungsgesetzes einer bis zu 2 Jahre dauernden sachgrundlosen Befristung eines Beschäftigungsverhältnisses grundsätzlich keinen Gebrauch.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 03  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

**Frage:**

Das Buswartehäuschen in Ginseldorf, Rinnweg 12, ist für jedermann erkennbar, am Sockel morsch und neigt sich Richtung Hauptstraße. Ursache könnte das nicht unerhebliche Gewicht an Kies auf dem Dach sein. Der Zustand des Sockels verheißt nichts Gutes. Desweiteren ist die Bushaltestelle für Fremde kaum noch erkennbar, da das Schild zugewachsen ist. Kann der Magistrat sich der Angelegenheit annehmen und die Missstände beheben lassen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Gemeinsam mit der Stadtwerke Marburg Consult GmbH wurde vereinbart, dass der Fachdienst Tiefbau den DBM kurzfristig mit dem Rückschnitt des Bewuchses sowie der Reinigung der Fläche um die Wartehalle der Haltestelle Friedhof in Ginseldorf beauftragt. Zudem nehmen die Stadtwerke Marburg Consult GmbH zeitnah Kontakt mit dem Kooperations- und Werbepartner auf, um dort möglichst eine durch Werbung finanzierte Wartehalle montieren zu lassen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

#### **Kleine Anfrage Nr. 04**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

#### **Frage:**

Die Betonstützmauer gegenüber dem Grundstück, An der Berghecke 4, in Ginseldorf hat sich im Zeitraum von 03/2017 bis 10/2017 um ca. 2-3 cm geneigt. Zur Zeit beträgt die Neigung fast 9 cm. Das Tiefbauamt wurde vom Anlieger bereits per Mail darauf hingewiesen. Da die Mauer im Besitz der Stadt Marburg ist, ist es notwendig, dass entsprechende Maßnahme seitens der Stadt Marburg ergriffen werden. Der Anlieger hat im Herbst 2017 das Tiefbauamt darauf hingewiesen, dass die Mauer seit dem Durchbruch zur Verlegung des Glasfaserkabels diese Neigung aufweist, da seinerzeit eine Bohrung durch die Fundamente vorgenommen wurde.

Kann der Magistrat sich der Angelegenheit annehmen und Abhilfe schaffen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Stahlbetonstützmauer an der Berghecke 4 in Ginseldorf, wurde Anfang April 2017 seitens des Fachdienstes Tiefbau besichtigt. Bei der Besichtigung wurde die Neigung der Stützmauer festgestellt und mit Fotos dokumentiert. Die Neigung betrug im April 2017 ca. 6,5–7,0 cm. Eine erneute Besichtigung fand im Februar 2018 statt. Im Februar 2018 betrug die Neigung ebenfalls 6,5 -7,0 cm. Somit kann sich die Stützmauer nicht um ca. 2–3 cm im Zeitraum von März 2017 – Oktober 2017 zusätzlich weiter geneigt haben.

Es besteht nicht die Gefahr eines Einbruchs der Stützmauer. Da es sich um eine Stahlbetonwand handelt, ist die Behebung der Schiefstellung nicht mit einfachen Mitteln möglich. Aktuell geht nach unserer Einschätzung keine Gefahr von der Mauer aus. Die Mauer wird jedoch weiter beobachtet.

Stötzel  
Bürgermeister

#### **Kleine Anfrage Nr. 05**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Uwe Meyer
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

#### **Frage:**

Wer hat das Gutachten „Nutzen-Kosten-Untersuchung Uni-Tram Marburg“ bei der PVT GmbH in Auftrag gegeben und wer hat es bezahlt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Das Gutachten wurde aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 18.11.2016 von der Universitätsstadt Marburg in Auftrag gegeben und von dieser bezahlt. Die Mittel für das Gutachten standen im Haushalt 2017 im Produkt 110700 ÖPNV zur Verfügung.

Die inhaltliche Begleitung bei der Erstellung des Gutachtens erfolgte durch die Stadtwerke Marburg Consult GmbH.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 06**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Die Cappeler Straße verleitet durch ihre gerade Streckenführung zu einem rasanten Fahrverhalten, das teilweise 120 km übertrifft.

Wie können die Anwohner der Cappeler Str. und Verkehrsteilnehmerinnen ohne KFZ, die überwechseln von und zur Vitos Klinik (teilweise unter Medikamenteneinfluss) vor Lärm, Gestank und rücksichtslosem Fahrverhalten geschützt werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

In der Cappeler Straße werden im üblichen Umfang Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Die Verstoßquote lag dabei immer unter 5 Prozent, was verkehrstechnisch als geringfügig und ohne konkreten Handlungsbedarf anzusehen ist. Auch eine erst kürzlich durchgeführte verdeckte SDR-Messung bestätigt die relativ niedrige Verstoßquote

Ausgehend von den Schilderungen der Fragestellerin werden wir trotzdem kurzfristig weitere Radarmessungen durchführen.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 07**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Wie oft und in welchem Umfang haben Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung das Coaching/Supervisionsunternehmen "Küthemeyer Dialog" in den Jahren 2015, 2016 und 2017 in Anspruch genommen? (Bitte nach Jahren aufschlüsseln)

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Zwischen der Universitätsstadt Marburg, vertreten durch den Oberbürgermeister als Dienststellenleiter, und dem Personalrat der Stadtverwaltung Marburg besteht eine Dienstvereinbarung für ein partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz. Diese findet grundsätzlich bei unfairen Prozessen und Konflikten innerhalb der Stadtverwaltung Anwendung. Zur Bearbeitung von unfairen Prozessen und Konflikten sieht die Dienstvereinbarung die interne Betriebliche Sozialbe-



ratung und eine externe Fairnessberatung vor. Die interne Betriebliche Sozialberatung wird von einer erfahrenen städtischen Mitarbeiterin wahrgenommen und mit der externen Fairnessberatung ist die Marburger Firma KütemeyerDialog beauftragt. Es ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freigestellt, welches Beratungsangebot sie im Bedarfsfall in Anspruch nehmen.

Aus Gründen der besonderen Vertraulichkeit wird der Magistrat nicht über konkrete Beratungsfälle informiert. Gleichwohl ist mit der externen Fairnessberatung vereinbart, dass ein jährliches Review im Sinne eines Rechenschaftsberichts erfolgt, um allgemeine Rückschlüsse über Entwicklungen in Konfliktlagen für die internen Akteure, also neben dem Oberbürgermeister als Personaldezernenten und der Leitung der Personalverwaltung, dem Personalratsvorsitzenden, der internen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und dem Vorsitzenden der Schwerbehindertenvertretung, ziehen zu können.

Der Betrachtungszeitraum dieser Reviews ist jeweils von April bis März des Folgejahres. Aus den allgemeinen Informationen hieraus können für die vergangenen 3 Betrachtungszeiträume folgende Daten im Sinne der Fragestellung genannt werden:

04/2014 bis 03/2015: 75 Mitarbeiter/innen

04/2015 bis 03/2016: 78 Mitarbeiter/innen

04/2016 bis 03/2017: 85 Mitarbeiter/innen

Häufigkeit und Umfang der Inanspruchnahme durch diese Mitarbeiter/innen unterliegen der Vertraulichkeit und sind auch dem Magistrat nicht bekannt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 08 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

#### **Frage:**

Wie bewertet der Magistrat die Tatsachen, dass von dem Unternehmen „Kütthemeyer Dialog“ ebenso Führungskräfte gecoacht wie Konfliktgespräche zwischen Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen in Form von Streitschlichtungsgesprächen begleitet werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Teilnehmungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Zwischen der Universitätsstadt Marburg, vertreten durch den Oberbürgermeister als Dienststellenleiter, und dem Personalrat der Stadtverwaltung Marburg besteht eine Dienstvereinbarung für ein partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz. Diese findet grundsätzlich bei unfairen Prozessen und Konflikten innerhalb der Stadtverwaltung Anwendung. Zur Bearbeitung von unfairen Prozessen und Konflikten sieht die Dienstvereinbarung die interne Betriebliche Sozialberatung und eine externe Fairnessberatung vor. Die interne Betriebliche Sozialberatung wird von einer erfahrenen städtischen Mitarbeiterin wahrgenommen und mit der externen Fairnessberatung ist die Marburger Firma KütemeyerDialog beauftragt. Es ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freigestellt, welches Beratungsangebot sie im Bedarfsfall in Anspruch nehmen.

Im Zuge der Beratungsleistungen durch die beauftragte externe Fairnessberatung KütemeyerDialog hat sich ein Bedarf an spezieller Unterstützung von städtischen Führungs- bzw. Leitungskräften an Beratung in Führungsaufgaben im Sinne eines Coaching herausgestellt, der auch in

Anspruch genommen wird. Diese Beratung erfolgt vorwiegend durch die Leiterin von KüttemeyerDialog, die den städtischen Führungskräften durch die ebenfalls von ihr durchgeführten Basisseminare für Führungskräfte vertraut ist. Dadurch wird sie selbst von den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Konfliktsituationen speziell mit Führungskräften kaum noch in Anspruch genommen. Hierfür stehen weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seitens KüttemeyerDialog bereit, die nicht im Führungskräftecoaching engagiert sind. Hierauf wird seitens KüttemeyerDialog im Sinne der Vermeidung eines Interessenwiderstreits auch sehr geachtet.

Weder aus der Belegschaft noch seitens der Personalvertretungen wurden bislang diesbezüglich Probleme artikuliert, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sowohl die Fairnessberatung als auch das Coaching der städtischen Führungs- bzw. Leitungskräfte aufgrund unterschiedlicher personeller Zuordnung und Abgrenzung seitens der beauftragten externen Einrichtung zu keinen Problemen führt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 09  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Gibt die Universitätsstadt Marburg der Bundeswehr regelmäßig die Namen und Adressen junger Menschen weiter, die demnächst volljährig werden und geschieht dies im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 34/36 Stadtbüro und Standesamt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Grundlage für die einmalige Weitergabe der Daten sind das Bundesmeldegesetz (BMG) und die 2. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung (2. BMeldDVO).

Nach § 4 der 2. BMeldDVO übermitteln die Meldebehörden jährlich bis zum 31. März eines Jahres an das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr die Daten (Name, Vorname, Anschrift) zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden.

Die Daten werden dort für die Übersendung von Informationsmaterial genutzt.

Die Übermittlung unterbleibt, wenn die Person der Weitergabe widersprochen hat.

Auf dieses Recht des Widerspruches werden alle Personen bei der Anmeldung und einmal jährlich durch ortsübliche Bekanntmachung hingewiesen.

Die Regelung spricht von „Personen“ und damit auch von minderjährigen Menschen, so dass es keiner Zustimmung der Erziehungsberechtigten bedarf.

Der Widerspruch gilt bis er widerrufen wird und wird bei Vollendung des 18. Lebensjahres der Person gelöscht.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 10  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Hermann Uchtmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

**Frage:**

Sind von der Universitätsstadt Marburg Aufträge an die Firma GOLDFisch Art vergeben worden? Wenn ja wie viele und in welchem Umfang?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Da kein Zeitraum in der Anfrage genannt ist, geben wir hiermit Auskunft über den Zeitraum 01.01.2017 bis 28.02.2018.

Es wurden 33 Aufträge in einem Gesamtvolumen von 26.927,24 € erteilt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 11  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dr. Hermann Uchtmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

**Frage:**

Am 1.11. ist von der Universitätsstadt Marburg ein Auftrag zur Sanierung von Toilettenhäuschen in Wehrda an die Firma Simon und Widdig vergeben worden. Wie lautete der Auftrag genau und welche Kriterien waren ausschlaggebend, die Firma Simon und Widdig zu beauftragen? Wurden andere Firmen angefragt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

**Zur Vergabe:**

Der Beraterrahmenauftrag an das Büro Simon & Widdig wurde erstmalig im Jahr 2015 erteilt, um auf kurzfristig notwendige naturschutzfachliche Gebäudeüberprüfungen reagieren zu können. Das nächste fachlich ähnlich qualifizierte Büro befindet sich in Laubach (Vogelsberg). Es wurde vor der Auftragsvergabe beteiligt - aufgrund der langen Anfahrt ist es deutlich teurer und zeitlich weniger flexibel und hat deswegen aktuell keine Vergleichsangebote abgegeben. Der Beraterrahmenauftrag wird nach erneuter Angebotsabgabe jährlich erteilt und jeweils auf maximal 2.000 € begrenzt. Die Abrechnung erfolgt nur nach separatem Einzelauftrag.

**Zum aktuellen Fall: „Sanierung des Toilettenhauses in der Waldschule Wehrda“**

Im aktuellen Fall ging es um die naturschutzfachliche Bearbeitung des Bauantrages des FD Hochbau (BTB 415/2017) - „Sanierung des Toilettenhauses in der Waldschule Wehrda“. Seitens des Fachdienstes 69 ergab sich bei der Ortsbegehung ein erhöhter Verdacht auf das Vorhandensein einer Wochenstube von Fledermäusen (Spalten am Flachdach, sichtbare Kotspuren von Fledermäusen, etc.). Um grundsätzlich eine Zerstörung dieser besonderen Lebensstätte und einen möglichen Verstoß gegen §§ 39 und 44 BNatSchG auszuschließen, wurde das Büro Simon & Widdig im Rahmen des Rahmenauftrages mit dieser Einzelbegutachtung beauf-

trägt. Bei der anschließenden gemeinsamen Begehung mit der Fachgutachterin, wurde tatsächlich ein Sommerquartier von Zwergfledermäusen festgestellt. Dieses wird nun von dem Fachdienst Hochbau bei der Baumaßnahme entsprechend berücksichtigt. Der Umfang dieses Auftrages beläuft sich auf 171,81 €.

Zu weiteren Erläuterungen zu dem Beraterauftrag verweisen wir auch auf die Antwort zur kleinen Anfrage aus 2015: VO/4186/2015.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 12 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dirk Bamberger
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

#### **Frage:**

Gemäß dem für 2017 von CDU, SPD/BfM gemeinsam beschlossenen Haushalt wurde dem Bettenhaus in der Emil-Mannkopf-Straße durch den Oberbürgermeister und den ehemaligen Bürgermeister Dr. Kahle ein Bewilligungsbescheid über 300.000,00 € zur Durchführung energetischer Sanierungsmaßnahmen überreicht.

Wie hoch sind die Gesamtkosten der Maßnahme und wie hoch ist der Eigenanteil, den der Trägerverein des Bettenhauses aufzuwenden hat?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Bisher wurde lediglich ein Bewilligungsbescheid über 150.000 Euro erteilt und der entsprechende Zuschuss ausbezahlt. Dieser ist für die energetische Sanierung der Fenster vorgesehen. Laut Auskunft der Universitätsverwaltung ist für die energetische Sanierung der Fenster eine Beauftragung in Höhe von 175.159,08 € erfolgt, die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Es liegt eine 1. Abschlagsrechnung in Höhe von 28.560 € vor.

Weitere Maßnahmen sollen im Rahmen des städtebaulichen Sanierungsverfahrens gefördert werden. Hier stehen allerdings die Detailabsprachen noch aus.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 13 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dietmar Göttling
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

#### **Frage:**

In Marburg gibt es viele passionierte Schlittschuhläuferinnen und Schlittschuhläufer, die sich auf das Schlittschuhfahren unter freiem Himmel sehr freuen. Da Flüsse und Seen insbesondere für Kinder und Jugendliche zu gefährlich sind und es sehr lange dauert bis tragfähige Eisflächen entstehen, bieten sich Eisflächen insbesondere auf Sportflächen dazu an mit Wasser besprüht zu werden, um Schlittschuhlaufen zu ermöglichen.

Welche Plätze hat die Stadt Marburg während der Dauerfrostperiode für das Schlittschuhlaufen unter freiem Himmel präparieren lassen? Und wenn nicht, warum nicht?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 42 - Sport
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Im Winter 2017/2018 wurden keine Flächen mit Wasser bespritzt und freigegeben. Das Schlittschuhlaufen war über einen langen Zeitraum des Winters im Eispalast möglich. Der Eispalast wurde wieder hervorragend angenommen und ist genau der richtige Ort für die sportliche Betätigung auf dem Eis. Zudem ist der Eispalast wetterfest und kann auch bei wärmerem Wetter genutzt werden. Das Bespritzen von Freiflächen wäre nur in wenigen und kurzen Phasen möglich gewesen. Sofern man Sportflächen genommen hätte, wäre aus Haftungsgründen auch eine engmaschige und personalintensive Überwachung und ggf. Bearbeitung des Zustandes von Eis bzw. Wasser notwendig gewesen. Daher wurde von weiteren Eislaufflächen über den Eispalast hinaus Abstand genommen.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 14  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Wieviele Fahrzeuge wurden im Jahr 2017 (oder bis Ende Februar 2018) vom Ordnungsamt innerhalb der Umweltzone ohne „grüne Plakette“ registriert und der Verstoß entsprechend geahndet? Wie hoch ist der diesbezügliche Anteil von Verstößen im Ausland zugelassener Fahrzeuge?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Seit 01. Januar 2017 bis einschließlich 28. Februar 2018 wurden 2472 Verstöße registriert. Davon entfielen 182 auf Fahrzeuge mit ausländischer Zulassung.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 15  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Kann der Magistrat bitte in Zusammenarbeit mit dem Heimat- und Verschönerungsverein Baubach die Ruhebänke in Richtung Großseelheim erneuern?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Fachdienst Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe ist stets bemüht, die Bänke zusammen mit den örtlichen Vereinen, Bürgerinitiativen usw. zu renovieren.

Da wir nicht wissen, um welche Bänke es sich handelt und ob diese Bänke auf städtischen Flächen stehen, bitten wir den Heimat- und Verschönerungsverein Bauerbach, den Fachdienst direkt anzusprechen. Die direkte Ansprache hat sich bewährt, da im Gespräch vieles unbürokratisch geklärt werden kann.

Zudem werden jedem Ortsbeirat vom Fachdienst Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe Mittel in Höhe von 250,00 € pro Jahr für Material etc. zur Verfügung gestellt, so dass hier gegebenenfalls auch in Absprache mit dem Ortsbeirat finanzielle Unterstützung möglich ist.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 16  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Welche Wege zu Gebäuden (Vereinsheime, Grillhütten, Sportstätten etc.) außerhalb der Ortsbebauung der äußeren Stadtteile sind als Feldwege, d.h. auch nur durch das Feldwegbudget der Ortsbeiräte Instand zu bringen, deklariert?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

<b>Stadtteil</b>	<b>Einrichtung</b>	<b>Zuwegung</b>
Bauerbach	Sportplatz	Wirtschaftsweg
Bauerbach	Grillplatz	Wirtschaftsweg (Forst)
Einhausen	Sportplatz	Wirtschaftsweg
Einhausen	Tennisplatz	Wirtschaftsweg
Ginseldorf	Grillplatz	Wirtschaftsweg
Haddamshausen	Sportplatz	Wirtschaftsweg
Haddamshausen	Tennisplatz	Wirtschaftsweg
Marbach	Grillplatz	Wirtschaftsweg
Michelbach	Grillplatz	Wirtschaftsweg (Forst)
Michelbach	Tennisplatz	Wirtschaftsweg
Michelbach	Sportplatz „Am Wall“	Wirtschaftsweg
Moischt	Schützenplatz	Wirtschaftsweg
Schröck	Schützenplatz	Wirtschaftsweg
Schröck	Sportplatz	Wirtschaftsweg
Wehrda	Hundeplatz	Wirtschaftsweg
Wehrda	Schießstand	Wirtschaftsweg

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk erklärt damit die Fragestunde für beendet. Die Fragen Nr. 17 bis 38 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

**zu 4 Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2017 - 2021, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2018 - 2. Lesung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: VO/6156/2018**

---

Die Stadtverordnetenvorsteherin weist auf die zu dem Tagesordnungspunkt vorliegenden Unterlagen hin. Dies sind im Einzelnen:

- Liste der beantragten Einzelabstimmungen
- im HFA zur Annahme empfohlene Anträge
- im HFA zur Ablehnung empfohlene Anträge
- Beschlussvorlage zum Haushalt mit
  - Investitionsprogramm 2017 – 2021
  - Stellenplan 2018
  - Haushaltssatzung
  - Übersicht Ergebnishaushalt
  - Übersicht Finanzhaushalt
  - Zusammenfassung der Investitions- und Finanzierungstätigkeiten nach Fachbereichen
  - Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeiten

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Er verweist auf die durch die Fraktionen beantragten Einzelabstimmungen. Aussprache wurde im Ausschuss angemeldet.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Simon, Pfalz, Dr. Neuwohner, Bastian, Ditschler, Suntheim-Pichler, Dr. Weber, Sell, Seipp, Seitz, Schalauske, Frese, Hövel, Bamberger, Schmidt, Schwarz, Dr. Longo, Pfalz, Göttling, Frese, Severin, Pfalz, Dehmel und Rink.

Der Stadtverordnete Göttling bringt zu Beginn seines Redebeitrages noch folgenden Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen zur 2. Lesung ein:

Produkt 550020            Sachkonto 7128220  
Zuschuss Stadtpass  
Veränderung: + 30.000 €  
Angebote der Musikschule sollen Stadtpassinhaber\*innen ermöglicht werden.

Während der Debatte hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Hermann Heck von 18:43 Uhr bis 18:55 die Sitzungsleitung inne.

Nach Schluss der Debatte ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zu den anstehenden Abstimmungen auf. Es folgen zunächst die beantragten Einzelabstimmungen.

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion B90/Die Grünen:**

Produkt 243010            Sachkonto 6174000  
Aufwand für Honorarkräfte

Veränderung: +13.000 €  
für U3-Betreuung VHS Deutschkurse

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 515010 Sachkonto 7128220  
Zuschüsse an Freie Träger  
Veränderung: +2.468 €  
s. Anlage 7128220

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 241010 Sachkonto 7128123  
Zuschüsse für Kunst und Kultur  
Veränderung: +6.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 550020 Sachkonto 7128220  
Zuschuss Stadtpass  
Veränderung: +30.000 €  
Angebote der Musikschule sollen Stadtpassinhaber\*innen ermöglicht werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 666010 Investitionsnummer I661.002.0  
Brückenbau Afföller Wehr  
Veränderung: +250.000 € VE 907.633 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: Piratenpartei



Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 467030            Investitionsnummer I677.002.7  
Klimaschutz  
Veränderung: +180.000 €  
Umsetzung Klimaschutzprogramm

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:        B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen:    SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung:        Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 469020            Investitionsnummer I674.001.5  
Klimabonus  
Veränderung: +250.000 €  
Weiterführung des Programms

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:        B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein-Stimmen:    SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung:        Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen von SPD, CDU und BfM:**

Produkt 666010            Sachkonto 6165000 - Zielvorgabe im Produktblatt

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:        SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei  
Nein-Stimmen:    keine  
Enthaltung:        FDP/MBL

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

---

Produkt 120000  
Kredite vom Land Hessen    1.932.000 €  
Kredite vom Kapitalmarkt    6.500.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:        SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM, Piratenpartei  
Nein-Stimmen:    FDP/MBL  
Enthaltung:        Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen des Magistrats:**

Ordentliche Erträge	+203.000 €	
Außerordentliche Erträge	<u>+1.100.000 €</u>	
Summe der Veränderung:	+1.303.000 €	

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM  
 Nein-Stimmen: keine  
 Enthaltung: Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

---

Produkt 515810

I650.007.2 – Neubau Kinderkrippe Marburg-Süd	+40.000 €	
I650.001.6 – Kindergarten Unter dem Gedankenspiel	+75.000 €	VE 200.000 €
I650.010.8 – Kindertagesstätte Oberweg	+100.000 €	VE 470.000 €
I650.011.0 – Erneuerungsmaßnahmen Kiga Am Teich	+1.500.000 €	
I650.011.8 – Kindergarten Geschwister-Scholl-Straße	+75.000 €	VE 500.000 €

Produkt 515820

I650.008.2 – Erweiterungsbau Bildungsstätte Richtsberg	+30.000 €	
<b>Summe:</b>	<b>+1.820.000 €</b>	<b>VE 1.170.000 €</b>

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei  
 Nein-Stimmen: keine  
 Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

---

Produkt 467010

I671.002.9 – Kinderspielplätze	+142.000 €
I671.004.9 – Außenanlagen Kindergärten	+26.000 €
<b>Summe:</b>	<b>+168.000 €</b>

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei  
 Nein-Stimmen: keine  
 Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion Marburger Linke:**

Produkt 550020 Sachkonto 7128220

Zuschüsse an Freie Träger

Veränderung: +90.000 €

Rücknahme der Kürzungen und Erhöhung der Zuschüsse um 5% ggü. 2016,  
 neuer Ansatz: 9.000.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke  
 Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
 Enthaltung: B90/Die Grünen, Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 550020 Sachkonto 7128256  
Zuschuss Stadtpass  
Veränderung: +900.000 € für Einführung ÖPNV-Nulltarif für Stadtpassinhaber  
Neuer Ansatz: 1.815.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 161520 Konto-Nr. 13  
Entwicklungskonzept Richtsberg  
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen  
Veränderung: +150.000 €  
Neuer Ansatz: 320.630 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 241010 neue Investition  
Gedenkinstallation Schülerpark  
Veränderung: +50.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2018  
§ 5 Ziff. 2, Erhöhung der Gewerbesteuer auf 440 v. H.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der FDP/MBL-Fraktion:**

Produkt 110550 Sachkonto 6861300

Publikation Studier mal Marburg  
Veränderung: -80.000 €  
Magistratsblättchen einstellen!

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, Marburger Linke, BfM  
Enthaltung: Piratenpartei

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 241010 Sachkonto 7128121  
Zuschüsse für Konzerte und Musikpflege  
Veränderung: -301.000 €  
Kein Zuschuss für das KFZ

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei  
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

**Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Piratenpartei:**

Produkt 660020 Sachkonto 6101010  
Aufwand für Fremdleistungen  
Veränderung: -60.000 €  
Streichung Graffiti-Entfernung in der Stadt

Sachkonto 7119000  
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse  
Veränderung: - 40.000 €  
Streichung Graffiti-Entfernung, Zuschüsse an Privatbesitzer

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

---

Produkt 666010 Investitionsnummer I661.004.8  
Erneuerung Steg Northampton-Park  
Veränderung: -100.000 €  
Durch Kulturinsel Einsiedel (Sachsen) oder vergleichbaren Dienstleister durchführen lassen, so-  
dass günstiger und kindgerechter.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 666030            Investitionsnummer I662.003.1  
Sanierung Grüner Wehr Neubauplanung  
Veränderung: -150.000 €  
Projekt wird gestrichen, Restbudget für ggf. erforderliche Reparaturarbeiten zurückstellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:            Piratenpartei  
Nein-Stimmen:        SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung:            B90/Die Grünen, Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 111010            Sachkonto 6166020  
Wartung von EDV-Software, kleinere Updates  
Veränderung: -500.000 €  
Einsparung proprietärer Software, Streichung von gut 50% der Mittel für proprietäre „closed source“ Softwarewartung, um Umstieg zu forcieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:            Piratenpartei  
Nein-Stimmen:        SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung:            B90/Die Grünen, Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 111010            Sachkonto 6166020  
Wartung von EDV-Software, kleinere Updates  
Veränderung: +800.000 €  
Einrichtung von FabLabs / Innovationswerkstätten  
FabLab & offene Werkstätten einrichten in Schulen (FabLab-Pilotprojekt: z.B. RGS) und Bürgerhäusern (Keller, Obergeschoss?), sofern Platz vorhanden; Bürgerhäuser mit LCD-Anzeige & Freifunk gesteuertem Raspberry Pi als InfoController ausstatten (pro Bürgerhaus ca. 300 €).

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:            Piratenpartei  
Nein-Stimmen:        SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung:            B90/Die Grünen, Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Produkt 110700            Neuanmeldung  
Einführung fahrscheinloser ÖPNV  
Veränderung: 7.260.000 €  
Einführung eines solidarabgabefinanzierten ÖPNVs (jeder kann einsteigen und losfahren): 11 €/Monat/wahlberechtigte Person = 11 x 55.000 x 12 = 7,26 Mio. € in 2018 (kompensiert bisherige jährliche Fahrscheinerelöse und bietet noch etwas Luft für Ausbau).

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:            Piratenpartei  
Nein-Stimmen:        SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung:            B90/Die Grünen, Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

---

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt anschließend über die ausliegende Liste der Anträge abstimmen, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfiehlt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: Piratenpartei

Die in der Liste aufgeführten Anträge sind damit angenommen.

---

Es folgt die Abstimmung über die ausliegende Liste der Anträge, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfiehlt. Diese werden einzeln wie folgt zur Abstimmung aufgerufen:

**Liste der Magistratsanträge zur 2. Lesung des Haushaltes 2018**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: keine  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM  
Enthaltung: Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

Die Anträge sind damit abgelehnt.

---

**Liste der Anträge der Fraktion B90/Die Grünen zur 2. Lesung des Haushaltes 2018**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

Die Anträge sind damit abgelehnt.

---

**Liste der Anträge der Fraktion Marburger Linke zur 2. Lesung des Haushaltes 2018**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: Marburger Linke  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Piratenpartei

Die Anträge sind damit abgelehnt.

---

**Liste der Anträge der FDP/MBL-Fraktion zur 2. Lesung des Haushaltes 2018**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: FDP/MBL  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei  
Enthaltung: keine

Die Anträge sind damit abgelehnt.

---

## Liste der Anträge der Piratenpartei zur 2. Lesung des Haushaltes 2018

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Piratenpartei  
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke

Die Anträge sind damit abgelehnt.

---

Zum Abschluss der Abstimmungen zum Haushalt 2018 lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Punkte I bis III der Beschlussvorlage zum Haushalt 2018 (VO/6156/2018) abstimmen, die die zuvor gefassten Beschlüsse bereits beinhaltet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- I. Gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2017 bis 2021 mit einem Volumen von 135.669.000 € beschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: Piratenpartei

- II. Der Stellenplan 2018 der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 105,878 Beamten- und 884,751 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, Marburger Linke, BfM  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltung: B90/Die Grünen, FDP/MBL, Piratenpartei

- III. Aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird die vorliegende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg beschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL  
Enthaltung: Piratenpartei

---

## zu 5 Marburger Ortsrecht - IV. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/6107/2018

---

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu der Vorlage. Weiterhin berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch dieser empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt den Ausschussempfehlungen und fasst folgenden Be-

schluss:

**Der vorliegende IV. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei  
Nein: Marburger Linke  
Enthaltung: keine

---

**zu 6 Dringlichkeitsanträge**

---

**zu 6.1 Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr.: Gegen politisch motivierte Gewalt für freie Meinungsäußerung  
Vorlage: VO/6177/2018**

---

Der dringliche Antrag wurde nach Einvernehmen im Ältestenrat auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt diese Farbanschläge auf die Parteibüros der SPD und CDU sowie Sachbeschädigungen und Verunglimpfungen gegen Andersdenkende auf das Schärfste.**

**Gewalt, ob gegen Personen oder gegen Sachen, ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ist jenseits der grundgesetzlich geschützten freien Meinungsäußerung.**

**Marburg ist und bleibt die Stadt der Vielfalt und Toleranz, in der kein Platz ist für Gewalt und politischen Extremismus.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei  
Nein: keine  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke

---

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke zum dringlichen Antrag der CDU-Fraktion betr.: Gegen politisch motivierte Gewalt für freie Meinungsäußerung  
Vorlage: VO/6177/2018-1**

---

Die Stadtverordnete Bastian zieht die Absätze 1 bis 3 des Beschlussvorschlages zurück und bittet nur noch über den Absatz 4 als Ersetzungsantrag zum dringlichen Antrag der CDU-Fraktion abstimmen zu lassen. Dem folgt die Stadtverordnetenvorsteherin und stellt Absatz 4 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Änderungsantrag wird abgelehnt.**

**Abstimmungsergebnis:**



Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

---

**zu 6.2 Dringlicher Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Straßenbahnstopp  
Vorlage: VO/6178/2018**

---

Der Antrag wurde im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 7 Anträge der Fraktionen**

---

**zu 7.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Städtische Mitwirkung im Steuerermittlungsverfahren durch kommunale Betriebsprüfer  
Vorlage: VO/5256/2016**

---

Der Antrag wird durch die antragstellende Fraktion bis zur April-Sitzung zurückgestellt.

---

**zu 7.2 Antrag der Fraktion Marburger Linken betr.: Kostenloses NextBike-Angebot für 30 Minuten  
Vorlage: VO/6101/2018**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

---

**zu 7.3 Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Marburger Linke betr. Rehabilitierung der Opfer der Hexenverfolgung  
Vorlage: VO/6109/2018**

---

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages. Dies gilt ebenso für den Haupt- und Finanzausschuss, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Der Magistrat wird gebeten, eine Rehabilitierung für die Opfer der Hexenverfolgung im Raum Marburg einzuleiten.**
- 2. Zudem wird er gebeten, eine Gedenktafel für die Mordopfer aufzustellen.**
- 3. Der Magistrat wird gebeten die Rehabilitierung in eine Veranstaltungsreihe gemeinsam mit den Kirchen, der Universität und der Stadtgesellschaft einzubetten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei  
Nein: CDU, FDP/MBL  
Enthaltung: keine

---

**zu 7.4 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Gleichgeschaltete Ampeln für Fußgänger\*innen / Radfahrer\*innen und Autofahrer\*innen**  
**Vorlage: VO/6137/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu berichten,**

- 1. an welchen Stellen in Marburg sogenannte „gleichgeschaltete Ampeln“, an denen sowohl Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen als auch Autofahrer\*innen als Rechts oder Linksabbieger eine Grünphase haben, installiert sind,**
- 2. wie die durchgehende Übersichtlichkeit der Kreuzung gewährleistet wird und ob Optimierungen angedacht sind,**
- 3. an welchen dieser Stellen ein Rückbau in welchem Zeitraum geplant ist,**
- 4. aus welchen Gründen an den übrigen Stellen die „gleichgeschalteten Ampeln“ beibehalten werden und wie an diesen Stellen die Sicherheit der Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen gewährleistet werden soll.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

---

**zu 7.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mieter/innenbeiräte in den Wohneinrichtungen der GeWoBau GmbH Marburg**  
**Vorlage: VO/6143/2018**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich dem Ausschussvotum an und beschließt:

**Der Magistrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass in den Wohnungseinrichtungen der GeWoBau GmbH Marburg, die sich zu knapp 95 Prozent in städtischer Hand befindet, Beiräte als Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter eingerichtet werden.**

---

**zu 7.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Eine mögliche Bebauung am Hasenkopf und/oder am Oberen Rotenberg nur als sozial gemischte Wohnquartiere realisieren**  
**Vorlage: VO/6144/2018**

---

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion bis zur April-Sitzung zurückgestellt.

---

**zu 7.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ermittlung der tatsächlichen Kosten einzelner Verkehrsträger**  
**Vorlage: VO/6145/2018**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordne-

ter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme. Die geänderte Fassung wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten. Auch dieser empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag in der geänderten Form abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob das von der Management School der Universität Kassel im Februar 2018 zur Verfügung gestellte Tool genutzt werden kann und die realen Kosten einzelner Verkehrssysteme für die Universitätsstadt Marburg so zu ermitteln sind. Das Ergebnis soll dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr präsentiert werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 7.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schlussfolgerungen aus „Kosten-Nutzen-Untersuchung“ Uni-Tram (Straßenbahn)  
Vorlage: VO/6146/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten, zu berichten welche Konsequenzen er aus der vorgelegten „Kosten-Nutzen-Untersuchung“ für eine Uni-Tram zu ziehen gedenkt und warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (VO/5198/2016), *auch eine konzeptionelle Prüfung mit welchen Wirkungen eine erweiterte Anbindung der Strecke Südbahnhof - Uniklinikum Richtung Innenstadt und Hauptbahnhof erfolgen kann* in Auftrag zu geben, nicht umgesetzt worden ist.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 8 Kenntnisnahmen**

---

**zu 8.1 Umsetzungsprozess des Marburger Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - Gesamtübersicht Anfang 2018  
Vorlage: VO/5252/2016-2**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den aktuellen Umsetzungsstand des Marburger Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zur Kenntnis. Der Umsetzungsprozess des kommunalen Handlungskonzeptes wird kontinuierlich von allen Beteiligten in einer tabellarischen Gesamtübersicht dokumentiert.

---

**zu 8.2 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.01.2018  
Vorlage: VO/6097/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung der den Dezernten zugeordneten Budgets zur Kenntnis.

---

**zu 8.3 Vollzug des Haushaltsplans 2018  
hier: Monatsbericht  
Vorlage: VO/6112/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der vorliegenden Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2018 zum 31.01.2018 Kenntnis.

---

**zu 8.4 Nutzen-Kosten-Untersuchung Uni-Tram Marburg  
Vorlage: VO/6113/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Nutzen-Kosten-Untersuchung Uni Tram Marburg zur Kenntnis.

---

**zu 8.5 Umsetzung des Ersten Marburger Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene  
Vorlage: VO/6127/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Umsetzungsstand des Ersten Marburger Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (kurz: Erster Marburger Aktionsplan EU-Charta) zur Kenntnis.

---

**zu 8.6 Ergebnisse der stadtweiten Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner der Universitätsstadt Marburg zu Lebensqualität und städtischen Aufgaben  
Vorlage: VO/6135/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnisse der stadtweiten Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner der Universitätsstadt Marburg zu Lebensqualität und städtischen Aufgaben zur Kenntnis.

---

**zu 8.7 Vollzug des Haushaltsplans 2018  
hier: Monatsbericht und Budgetbericht  
Vorlage: VO/6153/2018**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der vorliegenden Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2018 sowie der Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zum 28.02.2018 Kenntnis.

---

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin dankt allen Anwesenden, wünscht ein frohes Osterfest und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 21.08 Uhr.

Marburg, 27.03.2018

Marianne Wölk  
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon  
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz  
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger  
Protokoll

**Anlagen:**

Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 17 bis 38

## Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

### Frage:

Weshalb gilt die RMV-Mitnahmeregelung (z.B. bei Jobtickets oder dem Landesticket) nicht für die AST-Nutzung der Stadtwerke Marburg und weshalb werden die Kapazitäten nicht entsprechend angepasst, um eine flächendeckende Mitnahmeregelung zu ermöglichen?

Siehe auch: <http://stadtwerke-marburg.de/linienplaene-anruf-sammeltaxi0.html> (Dort findet man den Hinweis: "Bitte beachten Sie, dass die RMV-Mitnahmeregelung aufgrund der geringen Kapazitäten beim AST nicht gilt.")

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Das Anruf-Sammeltaxi wird mit Kleinbussen mit acht Fahrgastplätzen betrieben. In der Vergangenheit wurden bereits die AST-Linien nach Schröck und Moischt, sowie nach Wehrshausen, Einhausen, Dagobertshausen und Dilschhausen aufgrund der großen Nachfrage auf Linienbusbetrieb umgestellt. Die Stadtwerke prüfen zum Fahrplanwechsel die Umstellung einer weiteren AST-Linie auf Linienbusbetrieb. Insofern wird der Ausbau der Beförderungskapazität in die AST-Gebiete vorangetrieben.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Matthias Simon
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Unmittelbar vor der Waggonhalle hängt derzeit ein Sponsoringbanner von ca. 5 Quadratmeter Größe. Wie hoch war die Spende / Sponsoring der Volksbank, für die dieses Banner als Gegenleistung aufgehängt wurde, absolut und pro Quadratmeter Banner, wie groß wäre ein äquivalentes Banner, das die Förderung durch die Stadt Marburg in entsprechender Größe abbildet und wie viel der Fassadenfläche der Waggonhalle würde in solches Banner bedecken bezogen auf 2,7 Millionen Euro Investition in die aktuelle Sanierung ausmachen und wie groß wäre eine äquivalente Fläche, gerechnet in Quadratmetern und in Fußballfeldern?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 41 - Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

In einer Rücksprache erklärten Waggonhallen-Intendant Matze Schmidt und Volksbank-Vertreterin Nina Bernhammer, dass die Volksbank Mittelhessen dem Verein Waggonhalle Kulturzentrum in den letzten Jahren jährlich ca. 5.000 € spende, womit aber keine Gegenleistung verbunden sei, was bei einer Spende auch nicht sein darf.

Das Waggonhallen-Kulturzentrum habe „aus eigenem Antrieb“ als „Dankeschön“ ein Banner der Volksbank Mittelhessen für den Wintervarieté-Zeitraum 01.02.–28.02.18 ausgehangen.

Hochgerechnet auf den städtischen Regelzuschuss ohne die städtischen Sanierungsgelder würde ein Banner für die Stadt 111 Quadratmeter ausmachen, also ca. 11 x 10 Meter groß sein. Mit den städtischen Sanierungsgeldern von ca. 1 Mio. € würde das Banner auf 1.111 Quadratmeter, also ca. 33 x 33 Meter, anwachsen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

In der StVV vom 30.06.2017 wurde beschlossen, dass der Magistrat prüfen möge, "an welchen zentralen Orten, mit welchem Kostenaufwand und mit welchen Betreibern Luftpumpen installiert werden können. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten zu prüfen, an welchen zentralen Orten, mit welchem Kostenaufwand und mit welchen Betreibern im Rahmen des E-Mobilitätskonzeptes, unter Beachtung des Bundesprogramms Radweg Deutsche Einheit, E-Bike Ladestationen aufgestellt werden können." (VO/5613/2017)

Mit welchem Ergebnis wurden die Prüfungen abgeschlossen bzw. wie ist der Stand des Prüfungsverfahrens?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Die Kosten einer öffentlich zugänglichen Fahrradpumpe liegen etwa bei 1000€, inklusive der Installation. Es müsste eine stabile und robuste Pumpe sein, wegen Vandalismus. Als Standorte der Luftpumpe(n) wären die Mensa, der Hauptbahnhof und das Aquamar möglich.

Die Stadt Marburg plant schon 2018 den Bau einer Radstätte in Zusammenhang mit dem touristischen Radfernweg "Radweg Deutsche Einheit".

*Die Radstätte soll am Herrmann-Cohen-Weg in der Nähe der Mensa gebaut werden.*

*Sie wird mit freiem WLAN, digitalen Touchpads und Elektroladesäulen ausgestattet sein. Damit können Radler ihr Elektrofahrzeug aufladen, sich über die Region informieren, kleine und große Meilensteine der Wiedervereinigung entdecken und ihre weitere Route planen.*

Wieland Stötzel  
Bürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Elisabeth Kula
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Wie ist der Stand bezüglich der Initiative "200 nach Marburg"? Welche Anstrengungen hat der Magistrat mittlerweile unternommen, Geflüchtete aus menschenunwürdigen Bedingungen in Griechenland und Italien nach Marburg zu holen? Wie wurde mit den entsprechenden Stellen auf Bundesebene weiterverhandelt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 7 - Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat in den letzten Monaten und Jahren mehrfach versucht, die Initiative „Relocation- 200 nach Marburg“ in die Tat umzusetzen. Die relevante Ansprechstelle für die Universitätsstadt Marburg, um Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Marburg zu holen, ist das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt.

Über das Büro des Oberbürgermeisters wurde dort eine Anfrage zuletzt am 24.10.2017 gestellt. Die Auskunft war erneut, dass staatliche Stellen in Italien und Griechenland gezielt schutzbedürftige Personen vorschlagen. Diese müssen bereits vor Ort einen Asylantrag gestellt haben, außerdem ist eine Schutzquote von mindestens 75 % Voraussetzung. Das bedeutet, dass mehr als 75 % der Asylanträge aus dem Land der geflüchteten Person in Deutschland in der Vergangenheit bewilligt worden sein müssen. Anschließend erteilt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Aufnahmezusagen für die ausgewählten Menschen. Diese durchlaufen dann vollständig das Asylverfahren in Deutschland (Registrierung, Gesundheitscheck (Impfungen/Behandlungen), Sicherheitsüberprüfung usw.). Nach Abschluss dieses Verfahrens (Registrierung) erfolgt die Verteilung über den Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer. In Hessen werden die zugewiesenen Personen in der EAE in Gießen registriert und über das RP Gießen verteilt. Eine Abstimmung zwischen dem RP Gießen und dem RP Darmstadt darüber, welche Personen über das Relocation-Programm einreisen, findet nach Auskunft des RP Darmstadt nicht statt, weshalb dem Magistrat auch keine Statistiken über tatsächliche Zuweisungen über das Programm vorliegen.

Der Magistrat hat das RP Darmstadt mehrfach über das Begehren der Universitätsstadt Marburg informiert. Das RP Darmstadt hat aber bisher keine entsprechenden Zusagen gemacht, weil – so die Information des RP – das BAMF das Verfahren bestimmt und insofern so gut wie keine Einflussmöglichkeiten seitens des RP bestehen. In Marburg ist eine Gruppe von Menschen aus der Zivilgesellschaft aktiv. Der Fachdienst Migration und Flüchtlingshilfe ist mit dieser Gruppe im Austausch.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Stephan Muth
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### Frage:

Wie viele Personen werden innerhalb der eigenen Familie gepflegt, bzw. wie viele Menschen erhalten Pflegegeld für die Betreuung innerhalb der eigenen Familie?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

In Hessen erhalten 120.156 Personen<sup>1</sup> eine ambulante Leistung der Gesetzlichen Pflegeversicherung, wie z.B. Pflegegeld, und werden zuhause, familiär versorgt, ohne Dienstleistungen eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch zu nehmen.

Spezifische Zahlen, eingegrenzt auf den Bereich der Universitätsstadt Marburg, werden nicht erhoben bzw. veröffentlicht.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf, einschließlich des Stadtgebiets der Universitätsstadt Marburg, erhalten 5.342 Personen<sup>2</sup> eine Leistung aus der Gesetzlichen Pflegeversicherung und stellen ihre Pflege familiär, d.h. wiederum ohne Inanspruchnahme eines ambulanten Pflegedienstes, in der Häuslichkeit sicher.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

---

<sup>1</sup> <https://statistik.hessen.de/bildergalerien/gesundheitswesen>

<sup>2</sup> <https://statistik.hessen.de/zahlen-fakten/soziales-gesundheit-bildung-kultur-recht/gesundheitswesen/gesundheitswesen> ; Leistungsempfänger/-innen aus der Pflegeversicherung am 15. Dezember 2015

## Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Stephan Muth
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

### Frage:

Wie viele registrierte Kunden hatte die Marburger Tafel im Jahre 2003 und wie viele im Jahr 2017?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Nach Auskunft der Marburger Tafel waren im Jahr 2003 insgesamt 1.014 Kundinnen und Kunden registriert und im Jahr 2017 insgesamt 2.387 Kundinnen und Kunden. Mittlerweile gehören zur Marburger Tafel fünf Ausgabestellen: Kirchhain, Wetter, Gladenbach, Bad Endbach und Stadtallendorf („Kindertafel“).

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wie hoch waren die Kosten für die von Phlink durchgeführte Bürgerinnenbefragung inklusive der Druckkosten und alle weiteren Kosten, die dadurch anfielen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	7.2 Bürgerbeteiligung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Kosten beliefen sich insgesamt auf 18.731,77 Euro.

Dies umfasst die Kosten für die Durchführung und Auswertung der Befragung einschließlich vorbereitender Analysen sozio-demographischer Daten, der Verteilung der Fragebögen an verschiedenen Orten in der Stadt, der Durchführung von fünf Vorort-Befragungen und einzelnen Befragungen in Einrichtungen sowie der Erstellung eines barrierefreien Online-Fragebogens. Dies umfasst auch die Kosten für die Verschickung von 4000 Fragebögen mit Rückumschlag, den Druck der Fragebögen, den Druck der Rückumschläge und den Druck von 230 Exemplaren des ersten Teils des Abschlussberichts sowie die Übernahme des Rückportos für ausgefüllte und zurückgesandte Fragebögen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wieviele Angestellte in den Kindertagesstätten in Marburg sind seit Beginn des Jahres erkrankt und zeigt sich ein Unterschied zwischen den Kitas der Stadt und denen in freier Trägerschaft?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

In den städtischen Kindertageseinrichtungen wurden in den Monaten Januar und Februar 2018 (für März liegen noch keine belastbaren Daten vor) insg. 187 Krankmeldungen registriert (zum Vergleich 2017: 194). In den städtischen Kindertageseinrichtungen sind derzeit 254 Erzieherinnen und Erzieher einschließlich weiterer pädagogischer Fachkräfte, Köchinnen und Köche und sonstige Aushilfskräfte beschäftigt, auf die sich diese Angaben beziehen.

Entsprechende Daten der Einrichtungen in freier Trägerschaft liegen dem Magistrat nicht vor und sind von diesen auch nicht zu melden.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wurde zwischenzeitlich die Vereinbarung mit dem hessischen Finanzministerium über die rund 3 Mio Euro zur Kompensation der Kreisumlage unterzeichnet? Falls nein, wann ist damit zu rechnen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Ja.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Mit welchen Vereinen und Verbänden bestehen zwischen der Stadtwerke Marburg GmbH oder eine ihrer Tochterfirmen (Software Center ausgenommen) Miet- oder Pachtverhältnisse?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

In folgenden Liegenschaften des Immobilienbereiches sind Mietverträge abgeschlossen:

Gründerzentrum  
Hannah-Ahrendt-Str. 3-7

IJGD Internationale  
Jugendgemeinschaft Deutschland e.V.

Trägerverein Marburger Akademie  
für Pflege und Sozialberufe e.V.

Gießener Str. 13  
Marburg-Gisselberg

Neo e.V.

DLRG Marburg

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Gabriele Mensing
<b>Fraktion / Partei:</b>	BfM

### Frage:

Ist es möglich, die gelben Absperrwände an der aktuellen Baustelle Weidenhäuserbrücke, sofern sie nicht umgestellt werden, als Informationspanel oder als Werbeflächen frei zu geben? Werden diese immer wieder verstellt, kann man einige als Feststehende festlegen und diese dann vermieten? Wenn ja, zu welchem Preis, wie wäre das Vergabeverfahren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die gelben Absperrwände sind Verkehrszeichen nach der Straßenverkehrsordnung. An Verkehrszeichen dürfen keine Informationspanels angebracht werden.

Auch am Bauzaun können keine derartigen Informationspanels oder Werbeflächen angebracht werden, da aufgrund der Windlast die Standfestigkeit des Zaunes dann nicht gegeben ist.

Dr. Thoma Spies  
Oberbürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

In der Vergangenheit hat das Deutsche Rote Kreuz im Schwimmbad des Kinderzentrums Weißer Stein Wassergymnastikkurse für Senioren angeboten, die auch von behinderten Menschen (z. B. Blinden) gern genutzt wurden. Das Schwimmbad ist das einzige in Marburg mit der dafür nötigen Wassertemperatur (30 Grad) und es ist verkehrstechnisch sehr gut angebunden (Bushaltestelle praktisch vor der Tür).

Nun hat das DRK (immerhin gemeinnützig und ein Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege) den o. g. Teilnehmern die Kurse zum Ende März mit einer äußerst fadenscheinigen Begründung (steigende Kosten, Ausfallzeiten, Sanierungsbedarf) gekündigt und die Senioren bzw. behinderten Menschen auf die Hallenbäder in Heskem und Kirchhain verwiesen.

Abgesehen davon, dass diese „Alternativangebote“ für mobilitätseingeschränkte Menschen eine Frechheit sind, wissen andere Schwimmkursanbieter nichts von den als Begründung vorgeschobenen Problemen.

Welche Möglichkeiten hat die Stadt, hier auf den Anbieter einzuwirken, um ein für die Gesundheitsprävention wichtiges Angebot aufrechtzuerhalten, oder kann sie durch entsprechende Angebote der VHS in städtischen Bädern Ausgleich schaffen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg ist bekannt, dass das Kinderzentrum Weißer Stein die Sanierung des Schwimmbads vorbereitet. Über einen konkreten Bauzeitenplan besteht keine Kenntnis. Dass vor diesem Hintergrund die Bewegungsangebote des DRK am bisherigen Ort zukünftig nicht mehr stattfinden können, ist soweit plausibel.

Die Leiterin der Sozialen Dienste des DRK Kreisverbands Marburg-Gießen, Frau Arnhardt, teilt auf Nachfrage mit, dass andere Badeanstalten in der Universitätsstadt Marburg, wie z.B. das Hallenbad in Wehrda oder das Aquamar, Auskunft erteilt hätten, über keine Kapazitäten zu verfügen, das Bewegungsangebot des DRK Kreisverbands Marburg-Gießen an Ausweichorten in der Universitätsstadt Marburg stattfinden zu lassen. Ausweichangebote bestehen für Badeanstalten in Heskem und in Kirchhain.

Allerdings liegt der Bäderverwaltung eine konkrete schriftliche Anfrage nach freien Zeiten für diese Wassergymnastik nicht vor. Dies ist grundsätzlich die Grundlage für eine konkrete Aussage. Von daher hat eine Prüfung bei den städtischen Bädern nicht stattgefunden.

Grundsätzlich kann auf die 4 x wöchentlich stattfindende Wassergymnastik im AquaMar im Aktionsbecken (30-31 Grad) hingewiesen werden. Sie findet montags, dienstags, donnerstags und freitags von 10.30 Uhr bis 11 Uhr statt. Hier ist lediglich der Eintritt ins Bad zu zahlen. Wenn die Wassergymnastik in einem eigenen Kurs stattfinden soll, muss im Einzelfall geprüft werden, zu welchen Zeiten diese Wassergymnastik stattfinden soll/kann. In solch einem Fall muss natürlich auch die Frage der Kostenübernahme und der Kursleitung geklärt sein. Diese muss von einer/einem qualifizierten externen Kursleiter/in erfolgen.

Anmerkung: Aufgrund der Sperrung der Weidenhäuser Brücke fährt die Linie 20 das AquaMar zurzeit nicht an. Ansonsten ist das AquaMar direkt über diese Buslinie erreichbar. Das AquaMar ist in allen Bereichen barrierefrei.

Nach Rückmeldung von Frau Arnhardt hat der DRK Kreisverband Marburg-Gießen ein großes Interesse daran, das Angebot in der Universitätsstadt Marburg fortzuführen und würde Impulse für Ausweichmöglichkeiten in der Universitätsstadt Marburg begrüßen. Frau Arnhardt weist gleichzeitig darauf hin, dass im Falle von Ausweicheboten in der Universitätsstadt Marburg die Bewegungsangebote an die rückläufigen Nutzerinnen- und Nutzerzahlen sowie an organisatorische Veränderungen angepasst werden müssen, da beispielsweise Übungsleiterinnen und Übungsleiter fehlen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

In den letzten Jahren gab es immer wieder fragwürdige und gesetzwidrige Fälle von Lobbyismus an Schulen – bundesweit. Es fehlt weiterhin ein Werbeverbot an Schulen in den Bundesländern. Die Regeln bei Schulkooperationen sind zu lasch. Schulleitungen und Lehrer(innen) werden zu oft alleine gelassen.

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob solche Fälle (z. B. Bundeswehr) auch in Marburg vorgekommen sind und welche Möglichkeiten er hat, gegen solche Fälle vorzugehen? Eine Möglichkeit wäre etwa, Lehrer(innen) auf die entsprechende Broschüre von LobbyControl (<https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobbyismus-an-schulen-broschuere/>) hinzuweisen oder dies an den Schulen zu verteilen.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 40 - Schule
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat in den vergangenen Monaten verschiedentlich zur Frage von Werbung und Sponsoring an Schulen Stellung genommen. Er legt großen Wert darauf, direkte Werbung in Schulen zu unterbinden. Umgesetzt wird diese Vorgabe beispielsweise durch die Ablehnung von Anträgen, werbefinanzierte Schautafeln und Ähnliches mehr in den Schulen anzubringen. Auch die Schulen selbst sind in dieser Frage sensibilisiert und achten darauf, dass keine Lehrmaterialien eingesetzt werden, die eine direkte Werbung beinhalten.

Im Übrigen ist durch die Änderung im Hessischen Schulgesetz nach wie vor eine reine Produktwerbung verboten. Dagegen ist Sponsoring an den Schulen unter gewissen Einschränkungen zulässig. Dazu gehört sicherlich, dass eine solche Maßnahme mit einem entsprechend großen Nutzen für die Schule verbunden sein muss. Zu benennen ist hier beispielsweise die Unterstützung der Schulen durch die Telekom und dem Projekt T@school, mit dem die Schulen bundesweit mit einem unentgeltlichen Internetzugang ausgestattet werden. Insofern halten wir die wenigen uns bekannten Maßnahmen für angemessen und würden sicherlich das Gespräch mit den Schulen suchen, wenn der Eindruck entsteht, dass hier über Gebühren oder gesetzeswidrig Lobbyismus betrieben würde.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Aus der kleinen Anfrage des Kollegen Dietmar Göttling vom 26.01.2018 zum Stand des Verkaufs Lokschuppen geht hervor, dass der Kaufvertrag zwischen den Vertragspartnern Stand 18.01.2018 noch nicht unterzeichnet ist, sind die komplexeren Verhandlungen mittlerweile abgeschlossen und der Kaufvertrag notariell unterschrieben, sind neben der Stellplatzfrage die Frage der Hotelbewirtschaftung ebenfalls ein Grund der Nichtunterzeichnung und wer kommt für die entstandenen Schäden/Kosten am Gebäude, durch den harten Winter auf?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Der Kaufvertrag wurde am 13.03.2018 unterschrieben und notariell beurkundet.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Herbst den Verkauf beschlossen hatte, waren umfangreiche Vertragsinhalte mit komplexen Detailfragen zwischen den Akteuren (Stadt, GeWoBau als Sanierungsträger und Treuhänder, Schneider und C+P) zu klären, die nun abgeschlossen sind. Parallel wurden die Planungen seitens der Bietergemeinschaft weiter vorangetrieben. Die Frage der Hotelbewirtschaftung war kein Grund für die Verzögerung der Vertragsunterzeichnung.

Schäden/Kosten am Gebäude sind während des Winters auf Grund des geringen Schneefalls und dementsprechend geringer Schneelasten auf dem Dach glücklicherweise nicht entstanden.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Trifft es zu, dass die Unternehmen am Pharmastandort so hohe Parkgebühren an das Unternehmen Pharmserv, welches die Parkplätze bewirtschaftet, zahlen müssen, dass sich Job-Tickets nicht lohnen und müssen Parkplätze auch kostenpflichtig angemietet werden, auch wenn sie nicht genutzt werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Sämtliche Kosten für die Bewirtschaftung der derzeit voll belegten Stellplätze auf Grundstücken der Pharmserv werden im Status Quo nach der Anzahl der ausgegebenen Parkberechtigungsmarken unter den Unternehmen umgelegt. Dies führt zu Kosten in Höhe von ca. 68 € pro Stellplatz und Jahr. Eine Weiterbelastung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen erfolgt nicht.

Perspektivisch wird die Schaffung von zusätzlichen, aber auch die notwendige Verlagerung von bestehenden Stellplätzen am Standort aufgrund des begrenzten Platzangebotes zu anderen Kosten führen, die geänderte Kostenverteilungen erfordern. Weder die technischen Lösungen hierzu, noch die möglichen Verteilschlüssel bzw. Preise sind vorentschieden oder gar mit den Unternehmen am Standort geklärt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## **Kleine Anfrage Nr. 32**

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### **Frage:**

Wann wird die auf der Bürgerversammlung zugesagte Schutzstreifenmarkierung für den Fahrradverkehr im Bereich des Rudolphsplatz markiert? (Fahradfahrer kommen auf der östlichen Seite zu nahe an die Fußgängerabspernung)

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Witterungsbedingt war eine Markierung bisher leider nicht möglich. Die Firma BAS hat die Markierung der Schutzstreifen für die 13. Kalenderwoche vorgesehen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Welche Unfälle mit Todesfolge oder schwer verletzten Menschen welcher Verkehrsteilnehmergruppe gab es seit dem 01.01.2017 im Marburger Stadtgebiet und welche Handlungsnotwendigkeiten für den Magistrat ergeben sich seiner Meinung nach daraus?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Da u. a. auch der für die Unfallmeldungen zuständige regionale Verkehrsdienst der Polizei zu beteiligen ist, ist eine sorgfältige Antwort aufgrund der kurzfristigen Fragestellung bis zu der Stadtverordnetensitzung am 23.03.2018 nicht möglich.

Die Beantwortung erfolgt demnächst schriftlich.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Arbeitet die Stadt Marburg in irgendeinem Bereich auf irgendeine Weise mit dem Verein NEO e.V., der sich in der Gießener Str. 13 einen Briefkasten mit dem Erdgasbüro der Stadtwerke Marburg teilt und dessen 2. Vorsitzender Herr Norbert Schüren ist, zusammen? Falls ja: in welchem Bereich und auf welche Weise?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Verein NEO e.V. ist in der sozialpädagogischen Familienhilfe engagiert und arbeitet im Wesentlichen für den Landkreis Marburg-Biedenkopf. Er hat in dem besagten Gebäude einen Raum angemietet und verfügt insoweit über einen eigenen Briefkasten. Ein gemeinsamer Briefkasten mit dem Erdgasbüro der Stadtwerke Marburg GmbH existiert nicht.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 35

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wie viele Stromausfälle gab es in den letzten fünf Jahren im Stadtgebiet Marburg? Es wird darum gebeten, die Zahlen nach Jahren gesondert aufzulisten.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Um diese Frage beantworten zu können, ist diese zunächst zu konkretisieren:

- a) Stromausfälle auf welcher Spannungsebene und Dauer sowie
- b) Definition des Stadtgebietes.

Zu a):

Nachfolgend sind sowohl die Stromausfälle im Mittelspannungs- als auch im Niederspannungsnetz ausgewiesen, unabhängig ihrer Dauer.

Zu b):

Die ausgewiesenen Stromausfälle beziehen sich auf das Konzessionsgebiet der Stadtwerke Marburg GmbH, inkl. der Übernahme der Stadtteil-Stromnetze in 2016.

Anzahl der Stromausfälle		
Jahr/Spannungsebene	0,4-kV-Netz	20-kV-Netz
in Stck.		
in Stck.		
2013	5	31
2014	3	45
2015	6	49
2016	7	43
2017	4	51

Tabelle: Anzahl der Stromausfälle im Netz der SWMR im Zeitraum 2013 bis 2017

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 36

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Wie wird der § 22a SGB 8 (Förderung in Tageseinrichtungen) in den städtischen Kindertagesbetreuungseinrichtungen umgesetzt und wie sind welche Fachkräfte hierzu aus- und fortgebildet?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 58 - Kinderbetreuung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

Eine Zusammenstellung der verschiedenen Vereinbarungen und damit eine zufriedenstellende Beantwortung der Frage ist in der Kürze der Zeit leider nicht möglich. Die Antwort wird deshalb zeitnah nachgereicht.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 37

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Welche Vereinbarungen bestehen mit den Freien Trägern der Kindertagesbetreuung in Bezug auf die Umsetzung des § 22a SGB 8 und wie werden diese überprüft?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 58 - Kinderbetreuung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

### Stellungnahme/Antwort:

Eine Zusammenstellung der verschiedenen Vereinbarungen und damit eine zufriedenstellende Beantwortung der Frage ist in der Kürze der Zeit leider nicht möglich. Die Antwort wird deshalb zeitnah nachgereicht.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

## Kleine Anfrage Nr. 38

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2018

<b>Fragesteller/in:</b>	Matthias Simon
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

### Frage:

Wie ist der Sachstand beim interkommunalen Gewerbegebiet in Heskem?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg stehen entsprechend der übergeordneten Planung derzeit nur noch begrenzte Flächen in einer Größenordnung von knapp 20 Hektar (Gewerbeentwicklungskonzept 2017) zur Verfügung, die als Gewerbegebiet entwickelt, erschlossen und vermarktet werden könnten. Im Regionalplan Mittelhessen 2010 sind auf Gebieten einiger Umlandgemeinden Vorrangflächen für Industrie und Gewerbe Planung festgesetzt, die im Rahmen einer interkommunalen Kooperation in Anspruch genommen werden sollen.

In der Gemeinde Ebsdorfergrund - Ortsteil Heskem befindet sich eine solche Fläche. Zu Beginn des vergangenen Jahres wurden Gespräche aufgenommen, dieses Gebiet als Gewerbefläche zu entwickeln. Im März 2017 bekundeten die Universitätsstadt Marburg und die Gemeinde Ebsdorfergrund in einem Letter of Intent die Absicht, das Interkommunale Gewerbegebiet auf den Weg zu bringen.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig und steuert die Planung des Objektes und handelt die Vertragsbedingungen unter Hinzuziehung eines externen Moderators aus. Bei der zu entwickelnden Fläche handelt es sich um rund 11 ha (brutto). Hierin sind 2,2 ha Flächen der Gemeinde Ebsdorfergrund enthalten, die zeitgleich als Mischgebietsfläche erschlossen werden sollen. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ebsdorfergrund fasste am 23.03.2017 einen Aufstellungsbeschluss für das Plangebiet. Der Bürgermeister der Gemeinde Ebsdorfergrund handelte die Kaufpreise für die Flächen mit den Grundstückseigentümern aus und beauftragte ein externes Ingenieurbüro, eine Planung zur Erschließung zu erstellen.

Insbesondere aufgrund des Zuschnitts und der Topographie der Flächen ist die Erschließung auch nach Berücksichtigung verschiedener Erschließungsvarianten sehr kostenintensiv. Der ursprüngliche Plan für die Projektabwicklung sah vor, dass die VR Hessenland und die Raiffeisenbank das gesamte Risiko der Investition und Vermarktung tragen. Für diesen Zweck sollte durch die Banken als alleinige Gesellschafter eine Infrastrukturgesellschaft gegründet werden, die sich zur Minimierung der Kosten der Erschließung eines Generalunternehmens bedienen sollte. Nach den kalkulierten Erschließungskosten sind die Investoren hierzu nicht bereit. Um das Projekt zu realisieren, muss derzeit von einem notwendigen Zuschuss der beiden Kommunen von jeweils 1,5 Mio EUR ausgegangen werden, der über die Gewerbesteuererlöse refinanziert werden muss. Diese Kalkulation legt Verkaufspreise pro qm in Höhe von 90 EUR (MI) und 60 EUR (GE bzw. SO) zugrunde. Kosten für die Erstellung der Strom- und Straßenbeleuchtungsnetzes sowie die Wärmeversorgung sind nicht in der Investitionskalkulation enthalten, diese werden von der Grundnetz GmbH vorfinanziert und sind dann von den möglichen Grundstückserwerbern zu tragen.

Um die kalkulierten Erschließungskosten einer höheren Rentabilität zuzuführen, regten die beiden Kommunen beim Regierungspräsidenten in Gießen an, im nächsten Regionalplan weitere rund 8,5 ha angrenzende Fläche ebenfalls für die interkommunale Gewerbeentwicklung umzuwidmen. Eine entsprechende Prüfung wurde bis Ende 2018 in Aussicht gestellt; Voraussetzung für die Zulassung von Zielabweichungen ist, dass ein konkreter Flächenbedarf nachgewiesen und ein Nutzungskonzept vorgelegt wird.

Bislang wurden Vertragsentwürfe für eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Kommune, für einen Städtebaulichen Vertrag zwischen der Gemeinde Ebsdorfergrund und der Infrastrukturgesellschaft sowie des Gesellschaftsvertrages erstellt.

Nachdem die rechtliche Prüfung ergeben hat, dass sich durch den kalkulierten Zuschuss der Kommunen eine Anwendung vergaberechtlicher Vorschriften sowohl auf der Ebene des Städtebaulichen Vertrages als auch bei Beauftragung des Generalunternehmers ergeben könnte, wird derzeit geprüft, welche weiteren Handlungsmöglichkeiten (Gründung eines Zweckverbandes, Ausschreibung der Projektsteuerung nebst Grundstücksmanagement) bestehen. Auch die beihilferechtliche und steuerrechtliche Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister